

Geschäftsstelle und Redaktion:
Groschenstr. 16, Hallesches Tor 48

Verlagsnummer 21 808
Postfachkonto: Leipzig Nr. 14797

Sächsisch-
Volkszeitung

Abbestellungspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit 10.20 M.
Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland bei Postabnahme Ausgabe A 10.95 M. Ausgabe B 9.90 M.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. - Erscheinung der Redaktionen: 11 bis 19 Uhr vorm.

Abbestellungspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit 10.20 M.
Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland bei Postabnahme Ausgabe A 10.95 M. Ausgabe B 9.90 M.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. - Erscheinung der Redaktionen: 11 bis 19 Uhr vorm.

Zwangsbolschewisierung

Dass die Zustände in Deutschland ernstlich als Faktor für die
Ruhe und Sicherheit Europas mit in Rechnung gestellt werden müssen,
hat nun auch die Entente in Spa anerkannt. Allerdings in anderen
Formen und aus anderen Beweggründen heraus, als wir die Dinge
von uns aus betrachten. Für die Ententemächte bildet Deutschland
immer noch das Gefahrenmoment. Lloyd George sagte es nicht
einmal, sondern ein dutzendmal, daß er Angst, ja geradezu Furcht ob
der Entwicklung der Dinge in Deutschland empfinde. Die Tatsache,
daß in Deutschland noch drei Millionen Gewehre vorhanden sind und
auch etwa eine Million Männer bewaffnet sind, bilde eine Gefahr
nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Das sagt
Lloyd George! Die Infanterie prägte sich aber sofort in den
Laten von Spa aus, durch welche Deutschland gerade der Macht-
mittel beraubt wird, die es ihm ermbilichsten wären, die Gefahren-
quellen im Innern zu beseitigen. Deutschland soll diejenigen polizei-
lichen und sonstigen Schutzeinrichtungen ausbauen und entwickeln,
die die von der Entente als unerlässlich geforderte Entwaffnungsalien
gegenüber der wilden Bevölkerung durchgeführt ist. Wie reimt sich
das zusammen? Wir wissen es selbst am besten, und haben es ja
in den verschiedensten Teilen des Reiches an unserem Hab und Gut
und an unserem eigenen Körper erfahren, wie geradezu ausgezehrt
ausgerichtet die roten terroristischen Verbände waren, die wochenlang
in diesem Reich die polizeiliche und wirtschaftliche Leben in Unruhe,
Angst und Schrecken hielten. Mit der Drohung der Befreiung des
Ruhrgebietes und mit der Ausführung dieser Drohung selber hätte
die Entente diese Zustände in Deutschland ein wenig gebessert. Eine
solche Entwicklung der Dinge würde höchstens das Feuer der Ver-
weisselungen und Verwünschungen nur noch verstärken. Die Unsicherheit
und Ungeheuerlichkeit würden neue Gefahren schaffen, denen bei einer
Schwächung unserer regulären polizeilichen Macht nicht entgegengetre-
ten werden könnte. Wie endlich soll Deutschland sich gegenüber den
von Osten drohenden Gefahren zu sichern und zu retten vermögen?

Das Ziel der Entente ist klar: sie will ganz Deutschland
waffen- und wehrlos machen, um dieses Volk zu zermalmen und die
Arbeit in den Fabriken und Werkstätten zu zerstören. Sie beginnt man
bei englischen Geschäftsleuten, welche auch diese Kraus von Anfang an
beherzigt hat. Man will den Arbeitern in Deutschland jede Möglich-
keit entziehen, sich gegen ihnen unbecommene Zustände mit Waffen zur
Wehr zu setzen. Man will auf Umwegen das Arbeitslohn für Deutsch-
land und seine Beddler zu stabilisieren. Man vergißt bei dieser Besin-
nung aber ganz, daß der Waffenstillstand noch nie so in Wäite stand
wie augenblicklich und daß insbesondere die radikalen und hier hin-
überdem die kommunistischen und sozialistischen Massen überreichlich
mit Waffen von Osten her versorgt werden. Demgegenüber will es
nicht viel befagen, daß die Entente den Waffenstillstand aus dem
besetzten Gebiete verhindern will. Diese radikalen Kreise werden immer
her nach Waffenbeständen verfügen können, während derjenige Teil
der Arbeiterschaft und die bürgerliche Bevölkerung, die sich des
Schutzes der Massen angeht, der ihnen vom roten Terror drohenden
Gefahren bedienen müssen, wehrlos und damit unfähig gemacht wird,
ihrer wertvoll aufbauenden, positiven Arbeit nachzugehen.

Das Verlangen der Entente läuft darauf hinaus, Deutsch-
land zum Spielball für alle diejenigen zu machen, die die
Arbeitskraft des deutschen Volkes unter irgend einem Vorwande für
ihre Zwecke auszunutzen streben. Deutschland soll der Völkler
Europas werden. Schon manche „Sieger“ haben gelacht, dem
unterlegten Volke Mittelkassen aufzulegen zu können. Sie sind
aber heftig bei solchem Beginnen gescheitert. Die geschichtliche Ent-
wicklung läßt sich nicht in Paragraphen zwängen. Das werden die
Mauern von Spa eines Tages auch einmal erfahren müssen.

Die Vorgänge in Spa haben uns in diesen Tagen mit stür-
mischer Gewalt in Anspruch genommen. Das lag in der Natur der
Dinge, denn in Spa wird unser Schicksal als Land und Volk
und wird über unsere Existenzbasis in unserer Volksgemeinschaft wie für
jeden einzelnen von uns entschieden. Dennoch darf nicht übersehen
werden, daß dem Wingen am Konferenztisch im Westen ein viel gewalt-
tätigeres Waffengefecht im Osten zur Seite steht, das in seinem Verlaufe
uns Deutsche mindestens in der gleichen Weise berührt, wie das, was
in Spa zur Debatte und Entscheidung steht.

Es ist bezeichnend für die Abstumpfung gegenüber den größ-
ten und wichtigsten Geschehnissen bei uns zu Lande, daß die Tatsache
der Durchbrechung der polnischen Front durch das russische ausgezei-
net spezierende bolschewistische Heer mit einer Gleichgültigkeit hingen-
ommen wird, als ob uns diese Dinge gar nichts angingen. Heute
steht die Lage in Polen so, daß die bolschewistischen Truppen die
ganze polnische Front eingedrückt haben, und nun im Norden unmittel-
bar vor Warschau, im Süden unmittelbar vor der gallischen Grenze
stehen. Das bolschewistische Heer hat eine große Panze angelegt,
welcher die polnischen Truppen jermüdet werden. Das eigentliche
Gefahren ist in größter Gefahr. Wenn man erwidert, daß nach Ueber-
windung Polens die bolschewistischen Heere unmittelbar vor den
Toren Deutschlands stehen, dann muß man der gewaltigen Bedeutung

der jetzigen Ereignisse im Osten inne werden. Ist es nicht geradezu
von weltgeschichtlicher Tragik, daß im selben Augenblicke, in dem
von Osten her ganz Europa wieder in Brand gesetzt zu werden droht,
am grünen Tisch in Spa die Großen und Mächtigen der Erde in
Altenbündel sich vergraben und papiernen Unmöglichkeit durch die
Gewalt des Schwertes Lebenswirklichkeit einzuhandeln wollen.

Die Gegenseite Spa und Polen sind bezeichnend
für die große Weibung der Dinge, die jetzt schon im Ernsten ist.
Die Politik ist rund und die Weltpolitik vor allem. Der ewige
Kreislauf der Dinge wird durch keinen Konferenzbeschluss, durch kein
Diktat und durch keine „Strafmaßnahmen“ aufgehalten. Jetzt wäre
die Zeit gekommen, die große Basis zur allgemeinen Verständigung
und zum Ausgleich zu schaffen. Statt dessen neue Zersplitterung, neue
Zersplitterung, neuer Hohn, neue Verblendung, neuer Wahnsinn! Deutsch-
land war bisher der große Wall gegenüber der von Osten drohenden
roten Flut. Durch die Entwaffnung von Spa wird dieses Deutsch-
land der Zwangsbolschewisierung unweiblich und der Todesstoß gibt
man dem Reste von deutscher moralischer Widerstandskraft durch die
Zwangsauslage von Unmöglichkeit und Unerschlichkeit. Welch ein
Wille gegen die elementaren Interessen der Völker Europas. Das künst-
lich errichtete Verfaller Gebäude wird von der Wucht der Ereignisse
eines Tages wie ein Kartenhaus hinweggefegt werden. Der große
Umsturz in Polen hat begonnen. Der polnische Uebermut, der sich
zu einem kriegerischen Abenteuer gegen das neue Russland verfliegt, ist
empfindlich getroffen. Die Wätscherei macht sich heute schon überall
geltend. In den ehemals preussischen, jetzt polnischen Gebieten sinken
geradezu massenhafte Optionen zu Gunsten Deutschlands, selbst von
polnisch sprechenden Kreisen her. Das mit Furcht und Zeichen der
geschaffene neue Polen hat sich heute schon in seiner Lebensunfähigkeit
erwiesen. Es ist kein Wunder, wenn nach der Abstimmung in Ost-
- und Westpreußen, deren Ergebnis für die Gewinne eine Wätscherei
ist, weil es in jenen Gebieten gar nichts abzuschmecken gab, in anderen
namentlich den Polen zugesprochenen Teilen der Wätscherei laut wurde,
ebenfalls eine Abstimmung vorzunehmen, und den Willen der Deut-
schen zu bekennen. Die Grenzsetzung ist auf dem Marsche, die Welt-
karte beginnt.

Zum Zusammenschluß der
Unternehmerverbände

In der Organisation des deutschen Unternehmertums stellt der
18. Juni infolgedessen einen bedeutungsvollen Tag dar, als sich an diesem
Tage in der Presse schon kurz mitgeteilt wurde, die deutschen Unter-
nehmerverbände in einem Zentralausschuß zusammen-
geschloffen haben; dieser Zentralausschuß democht die geschlossene
Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschafts-politischen Interessen der
deutschen Unternehmerschaft und die einheitliche Abwehr aller gegen-
sich gerichteten Bestrebungen. Dem Ausschuss gehören die Vertreter
folgender Verbände an: Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaf;
Reichsverband deutscher Land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeberver-
einigungen; Reichsverband der Deutschen Industrie; Reichsverband des
deutschen Handwerks; Handwerksbund für Gewerbe, Handel und Industrie;
Zentralverband des deutschen Großhandels; Vereinigung der Arbeit-
geberverbände des Großhandels; Hauptgemeinschaft des deutschen
Einzelhandels; Zentralverband des deutschen Bank- und Bankleihen-
gewerbes; Reichsverband der Bankleitungen; Arbeitgeberverband deut-
scher Versicherungsunternehmungen; Zentralstelle für das deutsche
Transport- und Verkehrsgerwebe.

Die neue Gründung ist von der sozialdemokratischen Parteipresse
bereits heftig befehdet worden als ein angeblicher Beweis unan-
geschwächten Herrschaftsbewusstseins des deutschen Unternehmertums
und dessen ungebrochenen Herrschaftswillens. Demgegenüber verdient denn
doch hervorgehoben zu werden, daß der Zentralausschußbildung jeder-
liche Angriffsabsichten fernliegen und diese lediglich als eine Re-
organisation gedacht ist. Das geht aus hervor aus der
Gründungsgründe. Der Grundgedanke ist die Verteidigung
der Stellung des Unternehmertums in unserem
Wirtschaftsleben gegenüber den mannigfachen auf dasselbe einwirkenden,
gewollten und ungewollten Schwächungsversuchen insbesondere auch
des Sozialismus und seiner Organisationen. „Über der Woge
des Sozialismus, die jetzt die Welt überflutet, muß“, so erklärt
ein Ausspruch des jetzigen Außenministers Dr. Simons in der „Deut-
schen Industrie“ (1920, 12), dem Organ des Reichsverbandes
der deutschen Industrie, „der Unternehmer hat um die Aner-
kennung seiner volkswirtschaftlichen Notwendigkeit
ringen. Der Versuch, ihn als Gattung auszurotten, hat in Richtung
zu wirtschaftlich unholzbaren Zuständen und zu einer Art sozialer
Arbeitslosigkeit geführt. Es liegt für Unternehmer und Arbeitnehmer
Deutschlands viel daran, daß eine solche Ueberspannung des
sozialen Gedankens nicht auch bei uns versucht wird. Die Arbeit-
nehmerchaft Deutschlands hat sich in ihrer gewerkschaftlichen Organi-
sation ein außerordentlich kraftvolles Mittel zur Durchführung ihrer
Sozialisierungsgedanken geschaffen, ein Mittel, das während des Ge-
neralstreiks politisch mit größter Energie vertrieben worden ist. Es
kommt darauf an, daß die Kräfte des Unternehmertums in gleicher
Weise zusammengefaßt werden, damit der Gewerkschaftsbund in seinen
Bestrebungen nicht über das Ziel hinausschießt.“

Gedacht ist hier speziell an den Allgemeinen Gewerkschaftsbund
der freien (sozialistischen) Gewerkschaften und dessen „neun Forde-
rungen“ an die Reichsregierung bei Gelegenheit des Kampfes,
die von allen nichtsozialistischen Kreisen damals mit Recht als po-
litische Uebergriffe angesehen und verurteilt wurden. Daß
dem Zentralausschuß Angriffsabsichten fernliegen, geht auch aus
folgendem hervor: Die neue Gründung, die ursprünglich vom Hand-
werksbund angeregt wurde, sollte nach dessen Willen den Namen einer

„Gewerkschaft der Unternehmer“ tragen. Diese Bezeich-
nung ist mit Rücksicht fallen gelassen worden, um nur ja nicht den Ver-
dacht eines „Kampfbegriffes“ der neuen Einrichtung aufkommen zu
lassen. Dazu tritt, daß die oben genannten Verbände zu einem großem
Teil mit entsprechenden Arbeitnehmerverbänden durch die Ueber der
Arbeitgemeinschaften verbunden sind. Darüber schreibt treffend die
„Deutsche Bergwerkszeitung“ (1920, 145): „Von einer Kampfstellung
aus politischen Beweggründen und mit politischen Zwecken und
Zielen ist im entferntesten nicht die Rede. Dafür bürgt das enge,
vertrauensvolle Verhältnis des Reichsverbandes der Deutschen Indus-
trie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu der
Zentraleinheitsgemeinschaft der industriellen und ge-
werblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, die von dem
Grundgedanken der Parität und von dem beiderseitig anerkannten
Erfordernis gegenseitigen Einvernehmens in allen den
Aufgaben des wirtschaftlichen Wiederaufbaus dienenden Entschlüssen
und Handlungen herrscht. Dafür bürgt nicht minder die Be-
setzung der Unternehmerverbände in dem vorläufigen Reichs-
ausschuß.“

Somit wird man den Zentralausschuß nicht nur als berechtigt
anerkennen müssen, sondern auch als durchaus wünschenswert, sofern
in ihm eine weitere Garantie auch für eine parlamentarische Wirk-
samkeit der Zentralarbeitgemeinschaft und die Durchführung ihrer
Beschlüsse und Maßnahmen geschaffen werden ist.

Wieviel Reichsnotopfer muß man
bezahlen?

Diese Frage kann man gelegentlich häufig hören, weil eine
Reihe von Leuten gern vor der Möglichkeit Gebrauch machen möchte,
das Reichsnotopfer schon vor der Bezahlung zu bezahlen wegen
der damit verknüpften Vorteile. Wätsche man nämlich das Reichs-
notopfer in Bargeld bereits vor dem 30. Juni, so belam man acht
Prozent der betreffenden Summe geschenkt. Wer nach dem 30. Juni,
aber vor dem 31. Dezember d. J. bezahlt, erhält einen Nachlaß von
4 Prozent. An sich braucht man nun gar nicht zu wissen, wie hoch
eigentlich die Steuersumme ist, die man infolge des Reichsnotopfers
zu bezahlen hat, da auch Teile dieser Steuerzahlung sofort abgetragen
werden können. Im allgemeinen aber möchte mancher gern wissen,
wie groß seine Steuerlast ungefähr sein wird. Diese kann jeder
genauhin ziemlich genau selbst ermitteln. Man muß sich lediglich
wissen: Von dem Vermögen bleiben frei die ersten 5000 Mark, ferner
bleiben frei für die Ehefrau 5000 Mark und für das zweite und
jedes folgende Kind auch je 5000 Mark. Wenn also ein Lediger
25000 Mark Vermögen hat, so hat er von dem 20000 Mark die Steuer
zu entrichten. Hat ein Verheirateter ohne Kinder ein Vermögen von
25000 Mark, so unterliegen nur 15000 Mark der Besteuerung. Hat
ein Verheirateter, der drei Kinder unterhalten hat, 25000 Mark
Vermögen, so bleiben frei (je 5000 Mark x 3 = 15000 Mark = 20000
Mark; es unterliegen also nur 5000 Mark der Steuer.

Weiter ist wichtig zu wissen, daß von dem der Fall der Kinder
entsprechenden Betragen von 5000 Mark aus abweichend das Ver-
mögens die Abgabe nur 10 v. H. beträgt. Wenn beispielsweise ein
Mann vier Kinder hat und Vermögen hat, so bleiben die ersten 20000
Mark seines Vermögens frei. Hat er mehrere 20000 Mark, so be-
trägt die Abgabe von diesen 20000 Mark nur 10 Prozent, weil
4 v. H. der Kinder) mal 50000 Mark nur mit 10 Prozent erfaßt
wird.

Zur Berechnung der Abgaben ist demnach notwendig, daß
man zunächst die oben genannten Abgaben von Vermögen macht,
was dann bleibt, ist steuerpflichtig.

Von dem steuerpflichtigen Vermögen hat man folgende Sätze
zu entrichten. Die Steuer beträgt:

Table with 2 columns: 'die ersten angefangenen oder vollen' and 'des Verm. 10 v. H. nächsten'. Rows show tax rates for different income levels from 5000 to 200000 Mark.

Auf Grund dieses Tarifes kann man jeder berechnen wie hoch
keine Reichsnotopferzahlung sein kann. Beispielsweise: Es hat jemand
80000 Mark Vermögen. Von dem ersten 50000 Mark ist Reichsnot-
opfer zu zahlen, und zwar für die ersten 50000 Mark 10 Prozent =
5000 und für die folgenden 30000 Mark 12 Prozent = 3600 Mark,
insgesamt also 8600 Mark.

Hat ein Verheirateter ohne Kinder ein Vermögen von 60000
Mark, so bleiben die ersten 10000 Mark frei von den übrigen 50000
Mark hat er 10 Prozent = 5000 Mark Steuer zu entrichten. Oder
ein drittes Beispiel. Ein Verheirateter mit einem Kinde hat ein Ver-
mögen von 180000 Mark in diesem Falle werden die ersten 10000
Mark frei, von 50000 Mark sind 10 Prozent = 5000 Mark, von
weiteren 50000 Mark 12 Prozent = 6000 Mark und von den rest-
lichen 70000 Mark 15 Prozent = 10500 Mark Steuer, zusammen
also 21500 Mark zu entrichten.

Auf diese Weise kann jeder Steuerpflichtige bereits jetzt den
Steuerbetrag ermitteln, den er ungefähr zu zahlen haben wird. Will
er genau vorgehen, dann muß er sich allerdings unterziehen darüber,
welche Vermögensgegenstände steuerpflichtig sind und welche einzelnen Ver-
mögensgegenstände zu bewerten sind. Darüber gibt Ausschluß eine im
Reichsvereinsvertrag festsitzende gemeinsame öffentliche Prospektur
über das „Reichsnotopfer“ (5 Mark), die für jeden Steuerpflichtigen
wichtig ist.

Spaa

Der deutsche Gegenvorschlag

Spaa, 15. Juli. Die Entscheidung der deutschen Abordnung wegen Regelung der Kohlenfrage hat folgenden Wortlaut:

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom 1. August 1920 an auf sechs Monate den Verbündeten monatlich zwei Millionen Tonnen Kohlen zur Verfügung zu stellen.

2. Die Verbündeten Regierungen leisten den Gegenwert der Kohlen bis zur Höhe des deutschen Inlandspreises durch Anrechnung auf das Reparationskonto, ferner die Differenz bis zum Weltmarktpreis in bar, soweit nicht die Art der Zahlung durch das allgemeine Abkommen über die Finanzfragen anders bestimmt wird.

3. Während der Dauer der vorbestimmten Kohlenlieferungen bleiben die Bestimmungen der Entscheidung in der Kohlenfrage, die der deutschen Delegation am 9. Juli mitgeteilt und am 11. Juli geändert worden sind, außer Anwendung. Eine Erhöhung der monatlich abzuliefernden Menge durch den Wiedergutmachungsausschuss findet so lange nicht statt.

4. Es wird alsbald ein Abkommen über die Lage in Oberschlesien getroffen, wodurch entweder die deutsche Regierung die Verteilung der obererschlesischen Kohle zurückhält oder ihr doch der monatliche Bezug von mindestens 1,5 Millionen Tonnen gewährleistet wird.

5. Es wird ferner eine gemischte Kommission in Offen eingerichtet, deren Zweck es ist, die Mittel zu untersuchen, mit denen man die Lebenshaltung der Bergarbeiter, ihre Kleidung, Wohnung und damit die Erzeugung der Kohlenminen im Ruhrgebiete verbessern kann.

6. Die Verbündeten erklären sich bereit, Deutschland zur Einführung von ausländischen Lebensmitteln für seine Bevölkerung, sowie von Rohstoffen für die deutsche Industrie und Landwirtschaft einen angemessenen Vorstoß zu gewähren. Die Beratungen über den Vorstoß werden im Zusammenhang mit den allgemeinen Beratungen über die Finanzfragen alsbald unter Zuziehung beiderseitiger Sachverständiger aufgenommen.

Der Vorschlag ist heute vormittag mit einem eigenhändigen Begleitschreiben des Ministers Simons an Lloyd George übergeben worden.

Die Antwort des Verbandes

Spaa, 15. Juli. Die Antwort des Verbandes hat folgenden Wortlaut:

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom 1. August 1920 an auf sechs Monate den Verbündeten monatlich zwei Millionen Tonnen Kohle, welche Menge von der Wiedergutmachungskommission genehmigt worden ist, zur Verfügung zu stellen.

2. Der Gegenwert dieser auf dem Schienen- oder Wasserweg beförderten Kohle wird von den Verbündeten Regierungen auf das Reparationskonto angerechnet, und zwar zu dem deutschen Inlandspreise gemäß § 6 lit. A Anlage 5 Teil 8 des Vertrages von Versailles. Außerdem wird als Gegenleistung für die den Verbündeten zurechnende Beförderung, sich nach Kosten und Qualitäten einseitige Kohle liefern zu lassen, eine Prämie von 5 Goldmark, die von dem Empfänger in bar zu zahlen ist, zum Erwerb von Rohstoffen für die deutschen Bergarbeiter verwendet.

3. Während der Dauer der obigen Kohlenlieferungen wird die in den Paragraphen 2, 3 und 4 des Protokolls vom 11. Juli vorgegebene Kontrollvorschrift in der gemäß dem Wortlaut der beiliegenden Anlage abgeänderten Form sofort in Kraft gesetzt.

4. Es wird alsbald zwischen den Verbündeten ein Abkommen über die Verteilung der obererschlesischen Kohle durch eine Kommission getroffen, in der Deutschland vertreten sein wird. Dieses Abkommen unterliegt der Genehmigung der Reparationskommission.

5. Es tritt alsbald in Offen eine Kommission zusammen, in der die Deutschen vertreten sein werden. Aufgabe dieser Kommission wird es sein, Mittel und Wege zu finden, um die Lebensbedingungen der Bergarbeiter in der Gemehung und der Kleidung und im Hinblick auf eine bessere Ausbeutung der Bergwerke zu heben.

6. Die Verbündeten Regierungen erklären sich bereit, Deutschland während der oben erwähnten sechsmonatigen Zeitraumes einen Vorstoß zu gewähren in Höhe des Unterschieds zwischen dem gemäß § 2 geschätzten Preis und dem Ausfuhrpreis der deutschen Kohle, so, deutsche Häfen über dem englischen Ausfuhrpreis (so, englische Häfen, und zwar den jeweils geringeren dieser Preise nach Maßgabe des § 6 lit. A Anlage 5 Teil 8 des Vertrages von Versailles. Die Vorschläge werden gemäß Artikel 235 und 361 des Vertrages von Versailles. Die genannten Vorschläge erhalten den unbedingten Vorrang der Verbündeten gegen Deutschland. Die Vorschläge werden am Schluß eines jeden Monats je nach der Zahl der genehmigten Tonnen und dem mittleren Kohlepreis während dieses Zeitraumes gegeben. Vorwärts am Ende des ersten Monats werden von den Verbündeten Vorschläge zur späteren Berechnung gegeben, ohne daß die genannten Zahlen abgeändert werden.

7. Falls am 15. November 1920 festgestellt werden kann, daß die Gesamtleistung August, September und Oktober 1920 die sechs Millionen Tonnen nicht erreicht hat, würden die Verbündeten zur Befreiung eines neuen Teiles deutschen Gebietes, des Ruhrgebietes oder irgend eines anderen, schreiten.

Anlage. 1. Es wird in Berlin eine ständige Abordnung der Wiedergutmachungskommission eingerichtet. Ihre Aufgabe besteht darin, sich durch folgende Mittel zu vergewissern, daß die in dem Abkommen vom 16. Juni 1920 vorgegebenen Kohlenlieferungen ausgeführt werden:

Die Pläne über die allgemeine Verteilung der Förderung, die Angabe der Einzelheiten über die Herkunft und die Qualitäten einerseits und die für die Befriedigung der Lieferungen an die Verbündeten Mächte bestimmten Anordnungen andererseits sind von den deutschen Behörden festzustellen und von ihnen der Genehmigung der genannten Abordnung innerhalb angemessener Frist, bevor sie den Ausführungsorganen übermitteln werden, zu unterbreiten.

2. Keine Abänderung des genannten Planes, durch die eine Verminderung der Lieferung an die Verbündeten herbeigeführt werden könnte, und kein Inkrafttreten ohne vorherige Genehmigung der Abordnung der Wiedergutmachungskommission in Berlin.

3. Die Wiedergutmachungskommission, der die deutsche Regierung in regelmäßigen Zwischenräumen von der Ausführung der für die Befreiung an die Verbündeten gegebenen Anordnungen durch die zuständigen Behörden Rechnung zu legen hat, hat dem beteiligten Mächten jede Verletzung der oben angenommenen Grundzüge mitzuteilen.

Berlin, 16. Juli. Das „S. Z.“ meldet aus Spaa, daß die Antwortnote der Alliierten bei der deutschen Delegation eine ernste Ueberraschung verursacht hat. Die Einparitätssätze, die obererschlesische Regelung, die fomaliterie festerreichte Berechnung bedürfen einer genaueren Erklärung. In diesem Zwecke wurde eine Finanzkommission und eine Kohlenkommission die entscheidenden Antwort der Deutschen vorbereiten, die dann im Laufe des Vormittags überreicht werden soll.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ berichtet, daß der in der Antwortnote der Entente angebotene Einmarsch in Deutschland in den deutschen Kreisen starke Bedenken erregt hat, da er über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinaus geht. Es werden neue Verhandlungen notwendig sein.

Die Bergarbeiter mit Hue solidarisch

Wachum, 15. Juni. Eins von den Obmannen der in Bergarbeiterverbänden organisierten Betriebsräte, ferner den Bezirksvereinigungen des Bergarbeiterverbandes und den Vorkämpfern seines Gesandtschaftsbesuches befand sich in Spaa, um sich nach einem Referat Hues über die Vorgänge in Spaa vollständig mit der Haltung der Bergarbeiterdelegationen in Spaa einverstanden. Diese Meldung wurde durch eine einstimmig angenommene Erklärung ausdrücklich bekräftigt.

Frankreichs Treiberellen

Spaa, 15. Juli. Amlich wird gemeldet: Im Leitartikel des Temps vom 13. d. M. wird der Reichsminister Dr. Simons mit dem deutsch-französischen Friedensschlusse vom 7. Mai 1918 in Verbindung gebracht, wobei bemerkt wird, daß er einer der tätigen Mitarbeiter des damaligen Ministerpräsidenten Briand, des Urheberes des bekannten Petroleumabkommens, gewesen sei. Diese Unterstellung ist völlig unrichtig. Der Minister hat niemals in irgend einer Form an der Vorbereitung oder Durchführung der Verhandlungen, die zum Aufhören der Kämpfe geführt haben, teilgenommen.

Millerandsche Zukunftsmit

Rom, 15. Juli. Gegenüber einem Vertreter des „Messaggero“ erklärte Millerand, daß von einer Friedensvertrags-Revision nicht die Rede sein könne, daß man höchstens von einer freien Auslegung des Vertrages sprechen würde. Millerand sagte hinzu, Frankreich behandle die Deutschen nicht allzu hart, sondern nur, wie sie es verdient hätten. Frankreich werde die Berechtigung der Alliierten mit Deutschland niemals gestatten.

Der „Matin“ berichtet folgendermaßen: Millerand erklärte gestern abend, daß die Befreiung des Ruhrgebietes niemals sein Ziel gewesen sei. Wenn ihm von den Deutschen ein befriedigendes Angebot gemacht würde, würde er sehr glücklich sein. Er sei sowohl wie die meisten seiner Mitarbeiter der Meinung, daß die Zukunft Frankreichs und die Zukunft Europas von der aktiven Mitarbeit und Zusammenarbeit mit Deutschland abhängen. Die Verhältnisse Deutschlands für einen Warenaustausch und für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Belgiens und Frankreichs seien der Bundesamt der Alliierten wert. Aber die Haltung Deutschlands in den Verhandlungen über die Kohlenfrage habe doch wieder Bedenken hervorgerufen. Deutschland wisse sehr gut, daß es mit seiner Theilnahme habe, daß es keine Wohlthat in Europa geben kann, ohne daß Deutschland wieder zu einer normalen Wirtschaft kommt, aber Deutschland wolle leider nicht zugeben, daß es Verpflichtungen zu erfüllen habe.

Spaa, 15. Juli. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, bestanden auf deutscher Seite nach der Besprechung, die der Reichsminister Dr. Simons gestern mit Lloyd George hatte, noch einige Inklarheiten. Um sie aufzuklären, hatte im Auftrage der deutschen Regierung Professor Bonn mehrere Besprechungen mit dem Privatsekretär von Lloyd George, der der gestrigen Konferenz der beiden Minister beigewohnt hatte.

Spaa, 15. Juli. Wie bekannt wird, haben die Verbündeten gestern abend ein Abkommen über die in Artikel 235 des Friedensvertrages des Ruhrgebietes unterzeichnet. Der Einmarsch soll nach Ablauf eines von der deutschen Regierung gestellten Ultimatum vor sich gehen, zu dessen Befreiung der Oberste Rat heute vormittag 11 Uhr zusammengetreten ist.

Begian der Entwaffnung

Berlin, 15. Juli. Die Nachrichtenstelle des Reichsministeriums des Innern teilt mit: Auf beschleunigte Anfragen sind wir in der Lage, mitzuteilen, daß die Reichsregierung zur Ausführung der hinsichtlich der Entwaffnung in Spaa übernommenen Verpflichtungen die erforderlichen gesetzlichen und Verwaltungsmassnahmen eingeleitet hat.

Graf Sgorza über Spaa

Spaa, 15. Juli. Ein Mitarbeiter der „Indipendente Belgica“ hatte eine Unterredung mit dem Grafen Sgorza, der über die Konferenz sagte: Wenn man die Konferenz aus gewisser Entfernung mit einem, wie ich es nennen möchte historischen Blick betrachtet, wird man ihr einen bedeutenden Platz einräumen. Man wird anerkennen, daß allein durch die Tatsache ihres Bestehens die Konferenz Europa eine Dierste geliefert hat, und daß sie den moralischen Beginn einer neuen Epoche bezeichnet. Ueber die russische Frage erklärte Graf Sgorza, daß Italien allgemein der Ansicht sei, daß man die Russen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der übrigen Welt bringen müsse. Wenn nicht, werden Taten daraus hervorgehen und Leiden. Sache der Russen ist es, sich einer Regierung zu geben, wie sie sie haben wollen. Im übrigen neige das italienische Volk dazu, mit denjenigen Rüstern zu sympathisieren, auf die, wie es ankommt, von außen ein schwerer Druck ausgeübt wird. Der Berichtshalter fragte den Grafen, was man von gewissen deutsch-fremdlichen Ansichten denken solle, die man in gewissen italienischen Kreisen, Graf Sgorza entgegnete: Die Einträge, die man in dieser Beziehung haben kann, entsprechen der Wirklichkeit und haben politische Bedeutung ausschließlich in folgendem Sinne: Man glaubt in ganz Italien fest an die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Staaten Europas, mit Einschluß Deutschlands, und niemand ist geneigt, Deutschland in Europa eine andere Aufgabe zu geben. In unserem Lande, wo die öffentliche Meinung Gewicht hat, bestand seit den Arbeiten der Pariser Konferenz eine sehr lebhafter Erregung wegen der ungleichen Einsetzung der Opfer und der Reize Italiens.

Sicherheitspolizei und Entwaffnungsfrage

Berlin, 15. Juli. In der gestrigen Sitzung im Reichsministerium des Innern wurde mit Bedauern festgestellt, daß die Reichsregierung die Interessen der Sicherheitspolizei in Spaa nicht mit dem Nachdruck vertreten habe, der ihr nach ihrer Bedeutung für die Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Preußen zukomme. Die Aufrechterhaltung einer festgelegten und ausgebildeten Polizei wurde einstimmig als zwingende Notwendigkeit erklärt. Ohne eine solche Ruhe und Ordnung unmöglich aufrechterhalten werden. Die von der Entente verlangte Entwaffnung der Bevölkerung könne nur durchgeführt werden, wenn die Sicherheitspolizei so stark eingeteilt wird, daß der einzelne Arbeiter an den Schatz und die Macht des Staates glauben könne und sich nicht mehr gewöhnen könnte, zum Selbstschutz greifen zu müssen. An eine Umorganisation der Sicherheitspolizei könne erst nach der vollständigen Entwaffnung aller Bevölkerung gedacht werden, die aber innerhalb der gestellten Frist erfolgen müsse. Tagungen bestanden gegen die Abgabe der schweren Waffen, Geschütze und Flammenwerfer keine Bedenken.

Die Fassung des Kohlenvertrages

(Eigener Drahtbericht der „Sächsl. Volkszeitung“) Berlin, 16. Juli. Dem Allgemeinen Angeler wird aus Spaa gemeldet: Die Entspannung der Lage infolge der Unterbrechung der vergangenen Stunden, macht sich immer deutlicher bemerkbar. Die Alliierten haben keine offiziellen Kommunikationen herausgegeben. Von deutscher Seite veranlaßt, daß sich die Antwort der Alliierten auf die 6 Punkte im Zusammenhang in dem Gespräch mit Simons etwa in folgendem Sinne bezieht und in den nächsten 2 Stunden folgende Resolution beschlossen wird: Der Unterschied zwischen Inlands- und Auslandspreis wird zum Teil in der Form eines neuen Kredit ausgleichs gelöst. Der Kredit ist dazu bestimmt, Rohstoffe einzuführen, 20% dieses monatlichen Kredits werden von England übernommen, 75% wird von den Alliierten getragen. Es wird alsbald in Offen eine Kommission zusammengetreten, die über die Kohlenfrage zu entscheiden hat. Wird in 3 Monaten nicht 2 Millionen Kohle geliefert, so behalten sich die Alliierten vor, das Ruhrgebiet zu besetzen. Die Entente fordert, daß die Abzahlung der Kohle Kohle folgendermaßen vorgenommen wird: 5 Mark Gold in bar, und 25 Mark Gold in Guthaben auf ein Konto, das von der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zur Verfügung gestellt wird. Diese Regelung erfolgt jedoch nur, wenn die vorgeschlagene Lieferung von 2 Millionen Tonnen monatlich eingehalten wird, in welchem Punkte die obererschlesische Kohlenlieferung dem Unternehmen nach höher zu sein scheint. In einem Telegramm des Berliner Agenten heißt es unter anderem:

Es ist von den Alliierten eine Note bestimmt worden, die Lloyd George gegen 7 Uhr abends dem deutschen Minister des Auswärtigen Dr. Simons übergeben hat. Um 11 Uhr wird voraussichtlich eine gemeinsame Sitzung der deutschen Delegierten mit den Alliierten stattfinden.

Die näheren Vorgänge

Die Beweggründe der deutschen Delegation

Wie die „Völkische Zeitung“ erfährt, darf man damit rechnen, daß eine Einigung in den nächsten Stunden erzielt werden wird. Man glaubt annehmen zu dürfen, daß die Vertragsabgabe der deutschen Vorkämpfer als genehmigt anzusehen ist, und daß auch in den beiden kritischen Punkten eine Einigung erzielt werden wird. Die deutsche Delegation hat sich entschlossen, die erwünschte Einigung zu machen, obwohl es noch nicht feststeht, ob die deutsche Rohlenwirtschaft physisch in der Lage ist, 2 Millionen Tonnen zu liefern. Man läßt sich auf den Fall des Friedensvertrages, in dem gesagt wird, daß keine Befreiung Deutschlands die deutsche Wirtschaft so schwer beeinträchtigen dürfe, daß Deutschland nicht imstande sei, seine anderen Vertragsverpflichtungen zu erfüllen. Lloyd George selbst hat zugesagt, daß die Annahme

Die sechs Matties

Roman von Igna Maria

(31. Fortsetzung)

„Frau Dogeßell! Frau Dogeßell!“ Hans rief die Küchentin auf und hielt ihr den Brief entgegen. „Hier, lesen Sie!“

„Ich habe es Ihnen doch aus den Karten gesagt, Herr Matties, daß Ihnen eine Dame Glück bringt. Ach, ich freue mich ja so für Sie! Sie sind immer so fleißig und gönnen sich keine Ruhe und treiben sich nicht mit Mädchen umher wie andere junge Leute. Sehen Sie, daß das Gute immer obenau bleibt. Das ist doch viel mehr wert, als wenn die alten Weibskinder zwei Gebälge von Ihnen brähten. Nun werden Sie berühmt. Wenn das gegeben wird, geht es aber in den Schumann, jawoll!“

Hans Matties war gerührt über die eifrige Freude der einfachen Frau.

Sie sah nach dem Poststempel. „Das ist ja heute schon! Da machen Sie sich man sein zurecht. Sollte nee doch, was wird die Schmeichelei Ihnen machen, wenn sie sieht, wer der Heinz Treborn ist. Die wird sie schon machen, wo die mit aller Welt bekannt ist. Na, und dann der Bruder von der berühmten Matties! Da brauchen Sie auch kein Hilfsredakteur mehr zu sein und sich von den alten Geldspitzern zu lassen. Sollte nee doch, was ich mir freue!“ Sie wuschte mit dem Daumen die Tränen fort. „Nun legen Sie sich ein bißchen auf's Kanapee, damit Sie frisch sind nachher. Um vierel nach drei werde ich Ihnen.“

Behoriam legte Hans sich nieder. Nach zwei Jahren der erste Erfolg! Was er damals endlich die Stelle als Hilfsredakteur mit 150 Mark Monatsgehalt gefunden! Vorher diese demütigenden Gänge von einer Redaktion zur anderen. Dolmetschrichten, Plaudereien, Gedichte, Tag und Nacht hatte er geschrieben, um sich über Wasser halten zu können. Er hätte ja nur Sibyll zu schreiben brauchen, oder Theres, und die Not hätte ein Ende gehabt, aber sein Stolz litt nicht, daß er keinen Schiffsbruch erlitten hätte. Es hatte er geschrien und gebittet.

— Mit den 150 Mark konnte er ja auch keine Sprünge machen, aber jeden Monatsdien waren sie hochzufliegen, besonders da ihn das Unglück geradezu verfolgte. Ein Vertrag hatte ein Bündchen Gebälge von ihm auf den Büchermarkt gebracht, aber Hans Matties, ein unbekannter Dichter! Das Buch ging nicht ab. Und dann das Leben auf der Redaktion. Korrekturen lesen, Lokalberichte zurechtspülen eine Zeitung hatte er Dolmetschrichten geschrieben, die ihm extra honoriert wurden, als der Lokalredakteur in Urlaub weilte.

Bei seiner Rückkehr fand der Kollege „keinen Platz“ mehr für Hans Matties Plaudereien, er fürchtete die Konkurrenz des jungen Talentes. So schloß er Schritt für Schritt Steine die ihm in den Weg geworfen wurden. Bei einer Kränze, Hans hatte sich um den Redaktionsposten einer auswärtigen Zeitung beworben, gab der Heulredakteur, der Senior der Zeitung, Auskunft. Hans erhielt den Posten nicht. Der Heulredakteur hatte Hans Matties Gedichtband in der Ausgabe einer Buchhandlung in der Friedrichstraße gesehen.

Und nur, weil er jung war, vorwärts wollte, nicht nach rechts noch links sah! Bahrtich, der Top des Johann Habermann war aber alles zu finden. — Als einzige Erholung gönnte Hans sich ab und zu eine Eintrittskarte in den Circus Schumann. Sibylls graziose Kunst reizte ihn, sie hatte ihn zurückgehalten, die Pläne nicht mutlos ins Korn zu werfen. Er schloß sich emporgeschoben durch sie, er er sich aus solcher Scham nicht zu erkennen gab. Kurz he hatte er des Traumpiel geschrieben, ihr Tans, ihr Schweben ihr Wäheln sah er. In Gedanken stand Sibyll neben ihm, als er das Traumbild sah.

„Herr Matties, Herr Matties, es ist halb vier! Stehen Sie auf, es wird sonst zu spät.“

Und Hans Matties machte mit einer Sorgfalt Toilette, als ob er zu seiner Braut ginge. Um fünf Uhr war er in dem Empfangszimmer in der Tiergartenstraße auf die berühmte Tänzerin.

Sibyll trat herein in einem Kleid von weißen Spitzen. Sibyll sah nach Hans, der ihr zugewandt im Halbdunkel stand. Sibyll sah ihn an — jung. „Herr Treborn?“ Hans bemerkte sich.

„Bereiten Sie, Herr Treborn, eine lächerliche Unmöglichkeit mit meinem Bruder! Hans läßt mir bei Ihnen auf.“

„Sibyll, liebe Sibyll!“ Hans lächelte sie herhaft auf den Mund. „Das muß ich sagen, daß du deinen eigenen Bruder nicht kennst!“

„Hans, wahrhaftig! Du bist Heinz Treborn? Deshalb habe ich dein Traumpiel nicht abgeben mögen! Aber wie kommt du denn daher?“

„Ich bin schon halb zwei Jahre hier als Hilfsredakteur!“

„Und hast mir nichts gesagt? Und nicht geschrieben? Hast du nicht schon von mir?“

„Sibyll, ich kann nicht der kleine Bruder einer großen Schwester sein! Darum schickte ich meine Arbeit unter falschem Namen. Du solltest durch nichts beeinflusst werden.“

„O, du eitle Jungel! Maria wird sich freuen, kommt! — Das einmal, wen ich dir hier mitbringe, Maria?“ rief Sibyll im Triumph. „Herr Heinz Treborn.“

Der Dichter von dem Traumpiel freute sich sehr, eine so große Talent konnte zu lernen — aber — das ist unter liebe Hans! Meine Liebe! Jos keine Hans. Willkommen, willkommen! O, nun haben ich drei Kinder bei mir! Es war ein herrliches Wiedersehen.

„Was wird unser Peter Augen machen, daß seine große Bruder da sein. Und das ist Heinz Treborn? O, Hans, warum habe Sie so ändert die gute Name von die liebe Jos?“

„Bitte, du!“ hat Hans. „Ich wollte doch nur wissen, ob mir Sibyll noch tanzte, Sibyll sollte ganz objektiv meine Arbeit prüfen.“

„Und du sein hier Lehrer?“

„Nein, ich bin doch durchgebrannt vor zwei Jahren aus Sibyll heim, drei Wochen vor dem Gramen. Ich habe nicht mehr ausgehalten, da bin ich einfach eines Nachts nach Berlin gefahren.“

„Das ist ein echte Matties! Ein echte Matties kann kein Lehrer sein! Wie hätte ich deine liebe Mutter gefeiert oder deine Schwester. Er war immer so traurig, daß du wollest eine Lehrerin und keine Köchin, und jetzt ist er eine große Dichter geworden unser Hans!“

„Ja, ein namenloser Dichter.“

(Fortsetzung folgt)

der Kohlenförderung für...
Ueber die Vorg...
Erneu...
Walland, 15. Juli...
Walland, 15. Juli...
Kowno, 15. Juli...
Berlin, 15. Juli...
Kopenhagen, 15...
London, 15. Juli...
Amsterdam, 13. J...
Erfolge der...
London, 15. Juli...
Ruf...
Amsterdam, 14...
Kowno, 15. Juli...
Die Folgen...
Berlin, 15. Juli...

der Kohlenförderung für die deutsche Regierung eine schwere Gefahr in sich bergen. Er hat aber dazu geraten, dieses Risiko einzugehen.

Ueber die Vorgeschichte der Wendung der Dinge

Ueber die Vorgeschichte der Wendung der Dinge wird der „Post“ mitteilt, daß durch die Intervention Englands plötzlich die Opfer wüthlich wurden, die man nicht bringen zu können glaube, so lange mit Frankreich und dem anderen Kohlenländern direkt verhandelt worden ist.

Erneute Unruhen in Italien

Mailand, 15. Juli. Ueber die Vorfälle in Triest berichtet der „Corriere della Sera“ noch, daß bei dem Brande im Hotel Balcan, das von den Demonstranten in Brand gesteckt worden war, an den Resten des Hotels geschossen wurde und Handgranaten geworfen wurden.

Mailand, 15. Juli. Wie der „Secolo“ aus Neapel berichtet, kam es in Anagni, wo die Tagelöhner streiken, zu ernstlichen Zusammenstößen. Die Streikenden verhinderten die aus Subiaco ankommenen Arbeitsmilitären, die zum Wollwäckeren zu betreten.

Litauen

Kowno, 15. Juli. Litauische Telegr.-Agentur. Die litauischen Vertreter in Spaen melden, daß dort die Frage der Anerkennung des litauischen Staates im positiven Sinne gelöst worden ist.

Deutschland und Lettland

Berlin, 15. Juli. Es wurde im Auswärtigen Amt zwischen Bevollmächtigten Deutschlands und Lettlands eine vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem deutschen Reich und Lettland unterzeichnet.

Das dänische Liebeswerk

Kopenhagen, 15. Juli. Das dänische Komitee für den Ferienaufenthalt deutscher Kinder in Dänemark veröffentlicht gelegentlich die bevorstehenden Geschäftsabläufe Angaben über seine jetzt einjährige Tätigkeit. Darnach haben während dieser Periode 8000 deutsche Kinder Pflege und Erholung in Dänemark gefunden und wurden hier auch eingekleidet.

Irland

London, 15. Juli. Das irische Amt teilt mit: Britische Truppen sind jetzt in Irland in größerer Stärke als gewöhnlich stationiert und zwar ausschließlich für den Zweck, den Zivilbehörden bei der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung zu helfen.

Revolution in Bolivien

Amsterdam, 15. Juli. Die Times melden aus Lima: Berichte aus der Hauptstadt Bolivien melden, daß dort eine Revolution ausgebrochen sei. Der Präsident von Bolivien und das ganze Kabinett wurden gefangen genommen.

Erfolge der Volkseinführung in Persien

London, 15. Juli. Reuters erfährt aus amtlicher, persischer Quelle, daß bolschewistische Streitkräfte die Vor-Verzweigungen Leheran und Mazandaran erreicht. Falls sein wirksamer Widerstand erfolgt, wird Teheran ihnen bald preisgegeben sein.

Rußland nimmt an?

(Eigener Drahtbericht der „Sächsl. Volkszeitung“) Berlin, 15. Juli. Aus Spaen wird gemeldet, Lloyd George hat von der russischen Kommission für Auswärtige Angelegenheiten die Antwort erhalten, daß Rußland die Vorschläge der Verbündeten über einen Waffenstillstand annehmen werde.

Krafft in London

Amsterdam, 14. Juli. Die „Times“ schreibt: Es verlautet, daß sich unter den neuen Vorschlägen, die Kraft in Großbritannien unterwirft wird, das Angebot befindet, die beschlagnahmten Fabriken in Rußland ihren geschäftlichen Eigentümern zurückzugeben. Der Kommandant für Amerika, Ludwig Martens teilte der „Times“ mit, daß die kanadischen Bankiers einen Vertrag abgeschlossen haben, nach dem 2 1/2 Millionen Pfund Sterling Gold als Zahlung für nach Rußland bestimmte Güter gesandt werden sollen.

Vor Wilna

Kowno, 15. Juli. Litauische Telegr.-Agentur. Gestern ist ein Zug mit litauischen Soldaten von hier in die Richtung nach Wilna abgegangen und bei Landarow von polnischen Freischützern angefallen worden. Die litauischen Soldaten erwiderten die Schüsse, worauf sich ein dreitägiger Kampf entspann, der mit Rückzug der polnischen Freischützer in die Richtung auf Wilna endete. Sichtlich von Weiskopla fliehen litauische Truppen auf ihrem Vormarsch auf eine polnische Brigade, die sich auf dem Rückzug von der Front befand und entmanneter ist. Große Beute an Kriegsmaterial ist den Litauern in die Hände gefallen. Die litauischen Truppen stehen vor den Toren Wilnas. Man weiß, daß die Bolschewisten Wilna für nahe an die Stadt herangekommen haben. Wilna ist von den Polen vollständig geräumt.

Die Folgen der polnischen Niederlage

Berlin, 15. Juli. Infolge der polnischen Niederlage an der litauischen Front sind auch in den ehemals preussischen Gebieten Polens Aushebungen verschiedener Jahrgänge angeordnet worden. Der Erfolg war, daß ungefähr 85 Prozent der auszubehenden Mannschaften schon jetzt von ihrem Optionrecht Gebrauch machten und für Deutschland abtraten. Unter den Optanten sind allerdings weit mehr Deutsche als Polen. Von ehemals preussischen Polen dürfte allerdings der Gedanke der Selbständigkeit Vorrang erlangt haben. Sie fürchten, daß die Warschauer Regierung von ihrem Recht, die Optanten auszuweisen, in weitestem Maße Gebrauch machen werde, um so auf billige Art Grundbesitz im Kommerzien für sich und ihre Familien erwerben zu können.

Vertrauenserklärung für die württembergische Regierung

Stuttgart, 15. Juli. Der württembergische Landtag hat am Schluß seiner ersten Sitzung mit 58 von 80 Stimmen eine Vertrauenserklärung für die Regierung beschlossen. Dafür stimmten die Demokraten, das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Deutsche Volkspartei. Dagegen stimmten die Unabhängigen. Die Deutschnationalen entzogen sich der Abstimmung.

Ungeheure Fettvorräte

Wie das B. Z. aus Hamburg meldet, haben sich in den Oelfabriken in Großhamburg so ungeheure Vorräte an Ölen und Fetten angeammelt, daß die Fabriken wegen Ueberfüllung ihrer Lagerräume dazu übergehen mußten, einen Teil der Arbeiterkraft zu entlassen.

Eine Resolution

(Eigener Drahtbericht der „Sächsl. Volkszeitung“) Köln, 15. Juli. Die Interessengemeinschaft der Telefonantennehmer in Köln umfaßt bereits 200000 Mitglieder. In einer stark besuchten Versammlung wurde eine sofortige Beilegung der Zustände oder eine Veränderung der am 1. Juni in Kraft getretenen Gebührenordnung gefordert. Im Falle der Nichterfüllung der Verordnung, wird am 1. Oktober eine geschlossene Bündigung aller, in der Interessengemeinschaft der Telefonantennehmer vereinigten Fernsprech-Apparate erfolgen.

Zum Streit in der Pommerischen Landwirtschaft

Die deutsche Volkspartei hat an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet: Der Streit in der Pommerischen Landwirtschaft wird zum Teil deshalb geführt, weil sich der deutsche Landarbeiterverband weigert, neben der Arbeitergruppe im pommerischen Landbund gemeinsame Tarifverträge abzuschließen. Er verlangt die Ausschließung dieser Arbeiterorganisation bei der Festlegung der Tarifverträge und stützt sich dabei auf einen Entscheid des Reichsarbeitsministers Schilde, der die „Arbeitergruppe“ im Pommerischen Landbund nicht als „Gewerkschaft“ anerkennt. Diese Nichtanerkennung verstoßt gegen die Reichsverfassung, nach der alle Vereinigungen von Arbeitnehmern wirtschaftlicher Natur gleiche Rechte zugesichert erhalten haben. Die „Arbeitergruppe“ im Pommerischen Landbund entspricht außerdem in ihrer Satzung und Tätigkeit durchaus dem Charakter einer „Gewerkschaft“. Sie ist dem Reichslandarbeiterbund und dem Nationalverband deutscher Gewerkschaften angeschlossen und zählt mehr als 25000 Landarbeiter als Mitglieder. Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt? Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um der „Arbeitergruppe“ im Pommerischen Landbund die gleichen verfassungsmäßigen Rechte zu gewährleisten?

Die Abstimmung für die Konfessions- und Simultanschule in München

Am Sonntag den 12. Juli von 8 bis 12 vorm. wurde in München die Einschreibung in den Volksschulen für das kommende Schuljahr vorgenommen.

Für die Konfessionschule wurden 12388 Erklärungen abgegeben; für die Simultanschule 4151 Erklärungen. Keine Erklärungen sind abgegeben worden 23170 für solche Schüler, die bisher schon einer Konfessionschule angehört haben, 11481 für solche Schüler, die bisher einer Simultanschule angehört haben. Ohne Erklärungen (mit verweigerter Angabe) sind eingeschrieben worden 66273.

Das sind für sämtliche Volksschulklassen zusammen 66273 Schüler.

Insgesamt zählen zur Konfessionschule 50553 Schüler (im Vorjahre 52123), zur Simultanschule 15632 Schüler (im Vorjahre 15040). Ohne Erklärung blieben heute 88 Schüler, im Vorjahre 312 Schüler. Die Gesamtsumme der Schüler beträgt heute 66273, im Vorjahre betrug sie 67480.

Sächsische Volkskammer

Dresden, 15. Juli.

Die Volkskammer erledigte in ihrer heutigen 138. Sitzung eine Anzahl Etatkapitel sowie zwei Anträge und einen Antrag.

Zunächst wurde die Kapitel des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts und zwar sowohl vom Rechnungsjahresbericht 1916/17 als auch vom ordentlichen Staatshaushaltsplan für 1920 genehmigt, resp. die vorgelagerten Nebenentscheidungen nachträglich noch genehmigt.

Abg. Tzinger (Unabh.) teilt bei dieser Gelegenheit mit, daß den Zeitspenden eine Ermäßigung ihrer Kollegiengebühren zugestimmt worden sei. Die Forderungen seien in einer Weise gestellt worden, daß der Regierung nur die Bewilligung übrig geblieben sei. Während den Kriegsteilnehmern fast nichts ermäßigt wurde, gebe man den Zeitspenden für ihre gleichwertige Tätigkeit ein freies Semester.

Ministerialrat Dr. Apelt erklärte, daß die Zeitspenden nur von der künftigen fiktionalen Erhöhung der Kollegiengebühren verbunden worden seien, weil sie ihre Studien unterbrechen mußten.

Nach einer weiteren Auseinandersetzung zwischen dem Ministerialrat Dr. Apelt und dem Abg. Tzinger wurden die Ausschlußanträge angenommen.

Genehmigt wurden noch die Etatkapitel betreffend katholische Kirchen und wohltätige Anstalten, sowie sonstige Kultusangelegenheiten, ferner stiftungsmäßige und private rechtliche Leistungen der Staatskasse für Kirchen- und Schulzwecke, sowie allgemeine und untergeordnete Ausgaben im Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts, außerdem Universität Leipzig, Tierärztliche Hochschule, Pflanzlich-gärtnerische Versuchsanstalt, Pflanzlich-gärtnerische Hochschule zu Dresden.

Berner genehmigte die Kammer noch die Etatkapitel 94, 95 und 96 für 1920, betreffend Gymnasien, Realgymnasien, Oberschulen, Realschulen, höhere Mädchenbildungsanstalten, Seminare und Volksschulen. Wichtigkeit wurde der Regierung erklärt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die bei den heute an den höheren Unterrichtsanstalten bestehenden Schulkommissionen durch Schulausschüsse zu ersetzen sind, in denen neben Schulrätern vor allem gewählte Vertreter der Gemeindevorstände (Stadtverordnetenkollegien, Gemeindevorstände, Ratshülfsräte) Sitz und Stimme haben. Die Amtsdauer dieser Schulausschüsse soll befristet werden. Sie sollen nicht nur das Recht der Festsetzung des Schuletats haben, sondern darüber hinaus auch das Recht erhalten, in anderen Schulfragen mit zu beraten und zu beschließen.

Die Kammer genehmigte dann noch Kapitel 99 des ordentlichen Etats betreffend Laubbäumenanpflanzungen, und stimmte den Anträgen der Abg. Eckardt und Genossen betreffend die praktische und wissenschaftliche Prüfung der Sportbeamten, insbesondere des Lehmbaus, sowie Blücher und Genossen, betreffend die Förderung des Kleinwohnungsbaus zu und bewilligte für diese Zwecke den Betrag von 740000 Mark.

Zum Schluß wurde eine Anfrage des Abg. Gänther-Flauen (Dem.) und Genossen, betreffend den Abbau der Lebensmittelmittelwirtschaft erledigt.

Staatsminister Heldt erklärte, daß die Regierung grundsätzlich auf dem Standpunkte stehe, die Zwangswirtschaft so lange nicht aufzuheben, bis das Angebot die Nachfrage auf dem Lebensmittelmarkt übersteige. Die bisher mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft gemachten Erfahrungen hätten die Berechtigung dieses Standpunktes ergeben.

Ministerialdirektor Dr. von Hübner vertritt ebenfalls den Standpunkt der Regierung und erörtert Einzelheiten der Zwangswirtschaft.

Abg. Lehnia (Deutschnat.) betont, daß es höchste Zeit sei, die Zwangswirtschaft auf dem Oel- und Fettmarkt zu befeitigen. Auch dürften dem Kaufmann beim Einkauf von Lebensmitteln im Auslande keine Schwierigkeiten bereitet werden. Deshalb fordere seine Fraktion, daß jeder deutsche Kaufmann Lebensmittel aus dem Auslande einführen könne. Hierdurch würde der Schleichhandel befeitigt und die

Preise wesentlich erniedrigt. Der Standpunkt der Regierung sei verfehlt. Die Zwangswirtschaft dürfe nur noch für Brot, Milchprodukte usw. aufrechterhalten werden.

Abg. Hellisch (Soz.) bemerkt, daß die heutige Lebensmittelbeschaffung von keiner praktischen Bedeutung sein werde. Eine allgemeine Aufhebung der Zwangswirtschaft sei jetzt noch nicht möglich, obwohl das System bereits fast durchbrochen sei. Es sei aber eine gewisse Menge von Lebensmitteln sichergestellt worden, wodurch die Notlage der letzten Wochen gemildert worden sei. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft könne nur allmählich erfolgen, sonst würden gewisse Waren für die Winterbedürftigen nicht mehr zu haben sein, während die Rohstoffe noch weiter freigegeben würden. Man könne auch nicht wissen, ob die Zwangswirtschaft noch einmal erweitert werden müsse im Hinblick auf die Folgen der Verhandlungen in Spaen.

Abg. Renze (Unabh.) betont, daß die Zwangswirtschaft auch ihm nicht angenehm sei, er könne jedoch eine plötzliche Aufhebung nicht befürworten, da hierdurch eine Erhöhung der Preise eintreten würde. Bei den Demonstrationen seien die treibenden Kräfte lediglich die Unternehmerrufen bestellt. Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft werde der Zucker gefördert. Die einzige Rettung sei die Sozialisierung.

Minister Kühn erklärt, daß der gestrige Aufruf des Ministerpräsidenten von allen Ministern gebilligt werde. Die Regierung werde mit aller Energie gegen jede Gewalt vorgehen.

Abg. Blücher (Deutsche Volksp.) betont, daß der Abbau der Zwangswirtschaft jetzt unmöglich sei, doch sei ein langsamer Abbau zu befürworten. Der Grund der Demonstrationen in Dresden liege an dem Kartoffelmangel. Er unterbreite das Verhalten der Regierung. Wenn Gewalt angewendet werden müsse, dann müßten die Truppen einspringen. Vor allen Dingen sei ein Schutz der Beamten des Lebensmittelamtes und der Geschäftsinhaber notwendig.

Nach einer weiteren Aussprache war die Sitzung erledigt. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Kanalstapel, Etatkapitel.

Der Verfassungsausschuß der Volkskammer hat heute

in die Beratung des Wahlgesetzes über das ein und meist sich dabei an die von dem Verfassungsausschuß vorgelegten grundsätzlichen Fragen. Es wurde einstimmig beschlossen, eine bestimmte Zahl von Abgeordneten im Gesetz festzusetzen und zwar die Zahl 90. Hiergegen stimmten die Deutschnationalen, die es bei der Zahl 84 der Vorlage belassen wollten. Die Dauer der Wahlperiode war schon in der letzten Sitzung auf 4 Jahre festgesetzt worden. Wähler soll jeder Wahlberechtigte sein, der in Sachen seinen Wohnsitz hat; die Einschränkungen des § 5 der Vorlage in Bezug auf Alter und Dauer des Wohnsitzes wurden fallen gelassen. Weiter wurde einstimmig beschlossen, die Wahlkreisabteilung der Vorlage anzuerkennen; drei Wahlkreise für das ganze Land. Die Kreiswahlmännschaften Bayern und Dresden bilden den ersten, die Kreiswahlmännschaften Leipzig den zweiten und die Kreiswahlmännschaften Chemnitz und Jülich den dritten Wahlkreis. Eine sehr lange Aussprache führte die Frage der Landeswahlkreise herbei. Die Abstimmung hierüber unterließ bis zur weiteren Klärung der Frage. Die Festsetzung des Wahlergebnisses soll durch den Landeswahlausschuß erfolgen, die Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch den Landeswahlleiter oder dessen Stellvertreter. Bezüglich der Zusammensetzung der Wahlausschüsse soll es bei der Vorlage belassen werden.

Nachrichten aus Sachsen

Im Generalstreik in der Rapp-Woche. Die Nachrichten des Staatsanzeiger schreibt: In die sächsische Regierung sind aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer privater Unternehmungen zahlreiche Eingaben gerichtet worden, in denen die Forderung erhoben wird, daß das Reich und der sächsische Staat die Verluste, die den Arbeitgebern oder Arbeitnehmern aus Anlaß des Generalstreiks in der Zeit vom 13. bis 20. März 1920 entstanden sind, zu ersetzen hätten, weil von ihnen der Aufruf zum Generalstreik ergangen sei und weil sie durch die Vergütung des Lohnausfalls während der Generalstreiktage an die in den Reichs- oder Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer eine Ersatzpflicht gegenüber den Arbeitgebern oder Arbeitnehmern privater Unternehmungen anerkannt hätten. In dieser Frage hat das Reichsarbeitsministerium folgende Stellung genommen:

„Wenn das Reich auch den in seinen Betriebsverwaltungen tätigen Arbeitnehmern den Lohnausfall während der Tage vom 15. bis 20. März d. J. vergütet hat und dadurch gewissermaßen auch die privaten Arbeitgeber angezogen hat, seinem Beispiele zu folgen, was zur Abwendung von Wirtschaftskrisen und zur Behebung einer schweren Notlage der Arbeitnehmerschaft vielfach auch geschehen ist, so hat doch das Reich durch sein Verhalten keineswegs eine Ersatzpflicht gegenüber anderen Arbeitgebern oder Arbeitnehmern anerkannt. Die Reichsregierung muß vielmehr bei der Lage der Reichsfinanzen unbedingt daran festhalten, daß Reichsmittel zur Vergütung der Streiktage nicht zur Verfügung gestellt werden können. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß nach ausdrücklicher Erklärung ein Aufruf zum Generalstreik durch die Reichsregierung nicht erfolgt ist.“

Entsprechendes hat auch für die sächsische Regierung zu gelten. Infolgedessen können Landesmittel zur Vergütung der Generalstreiktage nicht zur Verfügung gestellt werden.

Sonderbezüge der Altpensionäre. In den letzten Tagen ist in den Sitzungen eine Notiz erschienen, nach der an Altpensionäre und Witwenverbundene bis zu der in Aussicht stehenden Neuregelung ihrer Bezüge 50 Prozent der bisherigen Bezüge als Vorzuschuß gezahlt werden sollen. Um Mißverständnisse vorzubeugen, wie es schon aus Anlaß ähnlicher, die Altpensionäre und Hinterbliebenen aus dem Reichs- und preussischen Staatsdienst betreffenden Anbahnungen sehr zahlreich hervorgetreten sind, wird darauf hingewiesen, daß sich die eingangs erwähnte Notiz nur auf Reichsbeamte, Offiziere und Hinterbliebene solcher bezieht, für die Altpensionäre usw. ist eine solche Maßnahme bisher nicht beschlossen worden. Die Neuregelung der Bezüge dieser Beamten und ihrer Hinterbliebenen (nicht auch der emeritierten Geistlichen und Hinterbliebenen von Geistlichen) ist mit Rückwirkung vom 1. April 1920 ab durch Gesetz vom 21. Mai 1920 verfügt. Sie befindet sich in Bearbeitung. Bei der großen Anzahl der Empfangsberechtigten und der in vielen Fällen nötigen zeitnaheben Feststellungen wird bis zu ihrem Abschluß noch einige Zeit verfließen. Um aber der Not abzuhelfen, soll demnach noch im Laufe dieses Monats ein voller Monatsbeitrag der bisherigen Bezüge unter Abzug des Einkommensteuerbetrages von 10 Prozent gezahlt werden.

Mittweida ohne Geld. In einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung in Mittweida i. Sa. wurde mitgeteilt, daß die Stadt vollständig ohne Geld sei und Gehälter, Löhne und sonstige Ausgaben nicht mehr zahlen könne. Es wurde die Erhebung eines Zuschlags zur Reichseinkommensteuer beschlossen, der etwa 500000 Mark einbringen soll.

Jülichau. Der Zustand im Jülichauer Industriegebiet ist nach Verhandlungen mit dem Regierungsdirektor Geheimrat Haack und den beteiligten Organisationen der Bergleute und der Metallarbeiter beendet worden. Am Donnerstag nachmittag nahmen die Bergarbeiter die Arbeit wieder auf. Die Arbeiter der Holzfabrik Schubmann und der Waggonfabrik Weidau verharren dagegen im Auslande.

Aus Dresden

Die Ministerialverordnung vom 20. Februar 1917 über Preisausgang und Preiszeichnungsobligatorien für bestimmte Lebensmittel im Kleinhandel ist, soweit sie dem Ausgab der Preise vorschreibt, aufgehoben worden. Im übrigen bestehen die Vorschriften über die Preisfestsetzung nach wie vor. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird deshalb darauf hingewiesen, daß auch jetzt noch bei in Schaufenstern,

Bäden, Marktverkaufsständen, auf Wagen oder Ständen der Straßenhändler...

Personalmeldungen. Bei den kathol.-geistl. Behörden werden ernannt: Kassierer Emil Tzibie...

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden-Friedrichstadt. Die Gäckleinvereinsmitglieder, die sich während der Ferien an den Wanderausflügen...

Dresden-Friedrichstadt. Marienverein. Sonntag, den 18. Juli findet keine Versammlung statt.

Dresden-Johannstadt. (Sport- und Spielabteilung des kath. Junglingsvereins.) Am vergangenen Sonnabend traf sich die Fußballmannschaft...

Dresden. Der Volksverein für das kath. Deutschland in Leipzig-Süd veranstaltete im Buchhändlerhaus...

Die hier versammelten Katholiken Leipzigs empfanden die Aufführung des Schauspiel „Parzifal“ als eine schwere Beleidigung ihres Priestertums...

Kirchlicher Wochenkalender. Gottesdienste (Kernzeit 27.8.15). M. 6, 7, 7.30 geben ersten Sonntag im Monat Männerpostolat...

Deutscher Erziehung. 9 Gottesdienste. Pirna (Hb.). 8.30 M., 7 M., 8 M., 9.15 M. und Fr., nachmittags 2 M. mit S. S. M. 6.15 und 7 M. Fr. abends 7 M. Jesu-Andacht und S. S. Sonnabend 5 M. Hofweim. 10.30 M. Sonntag und Freitag. Thammstein. 10.30 M., 2. S. S. Burg. 6-7.30 M., ebenso am Sonnabend 7-8, 7.30 M. M. Kitarre, S. S., 8.30 M. Sonntag. M. 6.30. Kirchliche. Kein Gottesdienst. Schirgiswalde. So. und Fr. 7 M., 8.15 M., 9.30 M. und Fr. 2 M. M. 6 und 7. Seibsdorf. 6 M., 9 M. und Fr., 2 M., Do. 6 M. 9. Seibsdorfamt und Festpredigt, 3 M.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: L. Fritz, Friedrichsring; für den Inseratenteil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der „Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H.“ zu Dresden

Dresdner Kurse vom 16. Juli 1920

Table with columns for Deutsche Staatspapiere, Papier- und Photo-Aktien, Brauerei-Aktien, and Verschiedene Industrie-Aktien. Includes items like Reichsanleihe, Chromo Altenburg, Erste Kalmbacher, etc.

Ferienzeit! Schönen ruhigen Sommeraufenthalt finden geb. junge Mädchen in gesunder, sonniger Lage bei guter Pension in Umgeb. von Dresden. Zimmer und Verpflegung pro Tag Mark 20.—

L. Dahmann Dresden-A., Ferdinandstraße 7. Leistungsfähiges Spezial-Geschäft für Spitzen, Stickerien, Tüle, Blusen, Gardinen...

Tymians Thalia-Theater. Anfang 1/8 Uhr. Täglich der Riesenschlager: „Dresden hat Fitz“ [70]. Sonntags 2 Vorstellungen: 1/2 und 1/8 Uhr

Grabdenkmäler Kreuze, Platten etc. in allen Steinarten. Erneuerungen alter Denkmäler. Gebrüder Ziegler, Bildhauer Dresden, Friedrichstraße 64. Christuskörper aus Galvanobronze in jeder Größe.

Ehrensache! Junger solider Postunterbeamter, katholisch, Hammen aus der Bauwirtschaft, mit Vermögen, wünscht mit jungen Frauen in Verbindung zu treten. Angebote wenn möglich mit Bild unter „G. W. 104“ an die Geschäftsst. dieses Blattes erbeten. [1486]

Gallensteine, Professor Dr. Webers Gallenheilmittel Cholapin ein bewährtes Gallenheilmittel zur Linderung und meist gänzlicher Beseitigung dieses schmerzhaften Leidens. Preis M. 15.— für eine Dose meist eine Kur ausreichend. Versand: Grüne Apotheke, Erfurt 209

Donath. Empfehlung mein reichhaltiges Schuhwarenlager u. Reparaturwerkstatt. Gute Qualität, gewissenhafte Preise. Rudolf Dörrschmidt, 200 Rosenstraße 23b, Ecke Maternistr.

Kinderwagen, Stühle, 1100 Stubenwagen, Größtes Spezialgeschäft. Auf viele Sachen zurückgekauft. Preis. Dresdner Kinderwagen-Depot Waisenhausstraße 18, part. und 1. Obergesch.

UT Lichtspiele Dresden, Waisenhausstr. 22. Wochentags: 4, 1/7, 1/9 — Sonntags: 3, 5, 7, 9. Die Katastrophe eines Volkes. Großes episches Drama in 3 Akten von Ludwig Beck. Großes Sensations-Programm! In der Hauptrolle: Ria Mabeck

Familien-Drucksachen. Verlobungs-, Vermählungs- und Traueranzeigen sowie alle Arten Dank- und Besuchskarten liefert in sauberster geschmackvoller Ausführung schnell und preiswert. Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H., Dresden-A. 16, Holbeinstr. 46

Der Jug... vor der Abstimmung in... Und die Gedanken... Jahres 1914, an dem... wurde die Nachricht... Burghaus gefangen... schwere Stimmung... Nachricht von dem... Schließen war... hinaus und die... den Karneval... Tagen liegen auch... Wenden über... schickte ein... an den Häusern... gelände aus und... Koffer gepackt... nachtszeit ging... Wie haben sich... man heute durch... man noch die... Buches getobt... und vor dem... schwere Kämpfe... gehabt. Es sel... Es war immer... gends sind die... Kundend gelommen... Es geht wie ein... ein Band ver... fesseln, zu... schließens, Reich... diesen Tagen. Er... zur Abstimmung... zur Arbeit für... schusses steht... Schelmarat Tina... Landes des... fraktion der... wird sie in... Dr. Herzogel, der... sische Frage in... schen sprach... Der Kampf um die... und Tritten. Ni... ucht, was wir... ist daher begr... Weipreisen am... mit laut schä... Wenn wieder... das Reisen wieder... wünschen, daß... dem Osten le... Schließen gesprochen... noch Ausland zu... wie sogar, welche... laut haben, we... Nachrichten, die... über zum Ver... wie unter dem... bestehende Last... sein wird... Die polnische... losar bis nach... far zu Lage. Aber... schiden, zumal... wird. Das glän... kann man auf... deutlich auf... auch für die... können, sobald... Gebiet, praktische... geit war die... wien. Doch es... elant erwähnt... mit Gehausgaben... nur einen Teil... diesen Anzeig... dieses getan... gegenwärtig muß...